

Pulsnitzer Wochenblatt

Preisnehmer 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — 1/2 monatlich M 250 000 bei freier Zustellung; bei Abholung 1/2 monatlich M 245 000; durch die Post monatlich M — freibleibend.

Die sechsmal gespalt. Beitzelle (Rostes's Zeilenmesser 14) M 20000, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 15000. Amtliche Zeile M 60000 u. M 45000. Reklame M 41000. Zeitrauber und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei späterer Zahlung müssen wir uns Umrechnung in den jeweiligen Tagespreis vorbehalten. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Rechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. F. Dörfers Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 97.

Donnerstag, den 16. August 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 439 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden:
Firma **Moz Kammer, Kommanditgesellschaft**. Ihr Sitz ist in Pulsnitz. Persönlich haltender Gesellschafter ist der Kaufmann **Moz Otto Kammer** in Pulsnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1923 begonnen. Weiter ist der Eintritt von vier Kommanditisten eingetragen worden.
Amtsgericht Pulsnitz, am 6. August 1923.

Inserate für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Verlag des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

Das Wichtigste.

Die Wochenindex des statistischen Reichsamtes betrug in der Woche vom 7. zum 13. August 436 935, das ist eine wöchentliche Steigerung um 192,2 %.
Die gewaltsamen Beschläagnahmen von Getreide, Vieh und Lebensmitteln auf den Gütern der Oberlausitz werden fortgesetzt. Dem neuen Reichskabinett ist in der Reichstagsitzung am Dienstag mit 240 gegen 76 Stimmen bei 25 Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen worden.
Die Reichsregierung hat beschlossen, vorübergehend alle Sachlieferungen an die Alliierten einzustellen.
Im Reichstag wurde vorgestern die Goldanleihe in der Ausschussfassung in 2. und 3. Lesung angenommen.
Der Reichsrat hält zur Deckung des Defizits der Reichspost eine Erhöhung des Fernbriefpostens auf 20 000 Mark für erforderlich.
Die kommunistische Generalstreikpropaganda kann als mißlungen gelten. Vorgestern vormittag beschlossen in Berlin die Betriebsräte der Kommunistischen Partei den Streik abzubrechen und am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen.
Die Banknotenherstellung in der Reichsdruckerei erfolgt wieder in normalem Umfang.
Der Reichslandbund fordert seine Mitglieder auf, die Städte so reichlich als möglich mit Kartoffeln und Vieh zu beliefern. In Waschen der Belagerungszustand verhängt worden.
Die das „Berliner Tageblatt“ mittelst, dürfte der Abgeordnete Dr. Höpfe zum Reichspostminister ernannt werden.

Dr. Stresemann vor dem Reichstag.

Vorstellung des neuen Kabinetts.

Berlin, 14. August. Der Druck der Not und die nach innen und außen so überaus gespannte Lage hat es zugebracht, daß die diesmalige Kabinettskrise in einer weit kürzeren Zeit überwunden wurde als früher. Unter dem sachlichen Eindruck der Not dieser Zeit und der Anspannung aller Kräfte zu ihrer Bekämpfung stand auch die heutige Reichstagsitzung und die Antrittsrede des neuen Reichskanzlers Dr. Stresemann. Das Haus war wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Regierungsbank hatte das neue Kabinettsmitglied Platz genommen. Mit äußerster Spannung sah man dieser Sitzung entgegen, denn man wußte, daß es ein sehr schweres Stück Arbeit gewesen war, die Parteien von der Sozialdemokratischen bis zur Volkspartei auf ein einheitliches Programm zu einigen. Der neue Kanzler hat daher auch ganz sinngemäß darauf verzichtet, eine lange und breite Programmrede mit Erörterung aller Einzelheiten zu halten, sondern hat sich darauf beschränkt, in einer kurzen prägnanten Ansprache die Hauptgesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, nach denen sich die politische Arbeit nach innen und außen im gegenwärtigen Augenblick richten muß. Denn über diese Hauptgesichtspunkte besteht innerhalb der großen Koalition, die nun ins Leben gerufen ist, volle Einmütigkeit.

Besonders fesselnd wurde diese Sitzung durch die Persönlichkeit des neuen Kanzlers, der als temperamentvoller Parlamentarier in seiner langen Tätigkeit, die in den letzten Tagen die Bevölkerung Berlins ergriffen hatte, und die von den Kommunisten mit Fleiß geschürt worden ist, heute abermals mit einem kommunistischen Abgeordneten Roosen herum bei der letzten Rede des Kanzlers Dr. Cuno verknüpft hatten.

Dr. Stresemann ist allerdings ein anderer parlamentarischer Redner, als es der frühere Kanzler war, dem die Schlagfertigkeit heute seine Rede begann, wurde er ebenso, wie vor wenigen Tagen Herr Cuno von den Kommunisten mit lärmenden Rufen empfangen. „Für Stinnes und Poincaré!“, riefen die Kommunisten. Aber Dr. Stresemann ließ sich nicht irre machen, hielt auch Mitglieder des neuen Kabinetts dem Hause vor. Als dann im weiteren Verlauf seiner Rede die Kommunisten unausgesetzt neue Einsprüche machten und dabei von Präsident Lübe mit ziemlicher Heftigkeit behandelt wurden, fand es Dr. Stresemann im Gegensatz zu seinem Vorgänger für angebracht selbst von diesem Platze des Kanzlers aus, sich gegen diese Angriffe energisch zu verteidigen.

Mehr als einmal ließ der Reichskanzler sein Manuskript liegen und tief den Kommunisten schlagfertige Entgegnungen zu, die dem Hause begleitet, die Ruhestörer in ihre Schranken wiesen. Am Ende wohl verstehen, daß sie über den Mißerfolg ihres Generalkreises so verzagt seien, aber der Sinn der Demonstration, an den die Kommunisten dauernd appellierten, bestehe doch wohl darin, daß die Mehrheit, und nicht die Minderheit die Herrschaft haben soll.

Der Eindruck der Rede des Kanzlers entsprach der klaren, bestimmten und energischen Form, in der sie vorgetragen wurde, und das Haus wandte sich dann sofort der Besprechung zu.

Sitzungsbericht.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung stellten die Kommunisten zunächst zwei Anträge, worin sie die Aufhebung der Ausnahmeverordnung vom 10. August und die Beratung kommunistischer Anträge nach Aufhebung des Verbotes öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel auf die Tagesordnung gesetzt haben wollten. Der Abg. Roosen ergriff dazu zweimal das Wort zu einer Geschäftsordnungserklärung. Über beide Anträge wurden vom Hause abgelehnt. Nun erteilte Präsident Lübe das Wort dem Reichskanzler Dr. Stresemann:

Der Kanzler ging zunächst mit Worten des Dankes und der Anerkennung auf die Tätigkeit seines Vorgängers ein und führte dann aus, daß Ausland möge nicht glauben, daß der Kabinettswechsel ein Zeichen deutscher Schwäche sei. Dieses Kabinetts sei auf breiter parlamentarischer Basis aufgebaut und wird vielmehr jeden Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands abwehren.

Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir ein Zusammenwirken des Reiches mit den Ländern. Das Kabinettsmitglied hat volles Verständnis für den Drang nach Eigenleben in den deutschen Ländern. Dieser Drang braucht aber nicht Konsequenzen zu haben, an die Sie (zu den Kommunisten gewendet, die den Ruf „Bayern!“ gemacht hatten) erinnern. Wer den Versuch macht, gewalttätige Angriffe gegen den Staat und seine Verfassung zu richten, der wird auf den unerbittlichen Willen der Reichsregierung stoßen, diesen Gewalttätigkeiten mit allen Kräften zu begegnen. Die Reichsregierung hat den Willen und die Macht, das zu tun, und sie wird diese Mittel einsetzen gegen jeden, der sich anmaßt, den Staat und seine Verfassung anzugreifen. Der passive Widerstand am Rhein und an der Ruhr, der aus dem Willen der Bevölkerung entspringt, wird von der englischen Regierung unabweislich als berechtigt anerkannt. Die Reichsregierung ist auch ihrerseits damit einverstanden, die Frage über Recht oder Unrecht der Ruhraktion einem unparteiischen Schiedsgericht zu übertragen. Nummehr gab der Reichskanzler eine ganz bedeutende Erklärung ab über die

Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Ruhr- und Rhein-Problem.

Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut, den der Kanzler mit besonderem Nachdruck bekanntgab:

Wir sehen uns danach, die Ruhrbevölkerung zur Arbeit zurückzuführen. Aber Arbeit und Freiheit sind für das Ruhrgebiet identische Begriffe. Wenn uns die Freiheit und unabhängige Verfügung über das Ruhrgebiet wieder eingeräumt ist, wenn jedem vergewaltigten Deutschen Freiheit und Heimat wieder gegeben ist, werden wir nach einer uns gewährten Atempause auch die Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen können, sofern die uns auferlegten Lasten bei höchster Arbeitsleistung die Existenz unseres Staates und Volkes ermöglichen.

Der Reichskanzler verwies dann in der Frage der Außenpolitik auf seine letzte Rede, die er vor wenigen Tagen im Reichstage gehalten hat. Die beste und aktivste Außenpolitik, die wir entfalten können, sei die Ordnung der deutschen Verhältnisse im Innern. Das Bedürfnis nach Wertbeständigkeit in Preisen, Steuern und Wägen werde die Regierung mit allen Kräften zu befriedigen suchen. In dieser Frage gäbe es keine Parteienverschiede. Wer heute seine Produkte zurückhalte, verdinge sich am Vaterlande, ebenso derjenige, der Streik in der Erntezeit veranlasse. Der Kanzler begrüßte die Bereitwilligkeit der Wirtschaftskreise zur Garantie für die Goldanleihe und drückte die Hoffnung aus, daß diese Bereitwilligkeit dauernd sein werde, damit die Regierung in der Lage sei, auf staatliche Zwangsmaßnahmen zu verzichten.

Die Wertbeständigkeit der Löhne

erklärte er als eine dringende und berechtigte Forderung, warnte aber davor, den Goldwert aus der Friedenszeit zugrunde zu legen, weil sonst Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sehr geschwächt werde. Jeder, der gesunden Menschenverstand hat, müsse einsehen, daß eine Wiederkehr des Geldes der Vorkriegszeit unmöglich sei. Die Reichsregierung sei einmütig der Auffassung, daß die Sicherung ihrer Maßnahmen durch die Reichsbank und deren Leistungen gewährleistet werden müsse. Die dringende Not des Volkes verlange sofortige Hilfe. Darum bat er im Namen der Regierung, die Ansprache über die Regierungserklärung mit der Beratung der Goldanleihe zu verbinden, und diese schnell zu verabschieden. Die Schlussworte der Rede Stresemanns lauteten:

Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt. Das deutsche Volk hat das Recht, an Deutschlands Zukunft

zu glauben, und die Regierung hat die Pflicht, diese Zukunft zu sichern.

Vertrauensantrag der Regierungs-Parteien.

Der Reichstag trat sofort in die Besprechung der Reichskanzlerrede ein, und als erster Redner sprach der Sozialdemokrat Müller-Franken die Erwartung aus, daß die neue Regierung die Steuererlässe entsprechend den sozialdemokratischen Forderungen energig durchzuführen werde. In der Ruhraktion wünsche die Sozialdemokratie von der Regierung, daß sie sich nicht auf England verlasse, sondern uns selbst vorwärts führe. Die Reichswehr und Schutzpolizei dürfe nur der verfassungsmäßigen Regierung zur Verfügung stehen, und die Reichswehr dürfe keine Verbindung mit ungesetzlichen Organisationen aufrecht erhalten. Die verfehlte Arbeit der Reichsbank und der vorigen Regierung habe das deutsche Volk ins Elend gebracht. Die neue Regierung sei nicht für die Fehler der vorigen verantwortlich, und wenn sie diese Fehler wieder gut mache, werde sie volle Unterstützung der Sozialdemokratie finden.

Inzwischen war von den vier Regierungsparteien folgender Antrag eingegangen: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“

Abg. Marx betonte, es gelte nicht zu reden, sondern zu handeln. Die Regierung genieße das Vertrauen des Zentrums. Für die Deutschnationalen erklärte der Abgeordnete Herzig, seine Partei lehne die Verantwortung für die Wirkungen des Regierungswechsels ab und erblicke in dem Vorgehen der Regierungsparteien ein gefährliches Spiel mit den höchsten Interessen von Volk und Vaterland. Er verlangte, daß alle Formen und Mittel des Widerstandes Anwendung finden müßten, die angesichts des verschärften feindlichen Druckes Erfolg versprächen. Die große Koalition würde, so meinte er, unter sozialdemokratischem Einfluß gelangen und wieder dem Terror der Rädikalen auf der Rechten und Linken ein Ende machen, noch die wirtschaftliche Not beheben. Die Deutschnationale Partei versage deshalb der Regierung das Vertrauen.

Im Namen der Deutschen Volkspartei begrüßte der neugewählte erste Fraktionsvorsitzende der Volkspartei Dr. Scholz die Regierungserklärung und sagte der Regierung vollste Unterstützung zu. Die Deutsche Volkspartei habe jetzt das größte Opfer gebracht, indem sie ihren besten Mann zur Führung der Reichsgeschäfte zur Verfügung gestellt habe. Es sei der heißeste Wunsch der Partei, daß dieses Opfer nicht vergebens sei.

Der demokratische Abg. Dr. Petersen wünschte vor allem die Durchführung der Wertbeständigkeit für alle Zahlungsverhältnisse. Er erklärte es für erfreulich, daß man jetzt die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Parteien eingesehen habe.

Der Abg. Leicht (Bayer. Volkspartei) dankte dem Reichskanzler für seine Worte über das Verhältnis des Reiches zu den Ländern. Er erblicke darin eine Voraussetzung für den Wiederaufbau des Vaterlandes. Er stimmte dem ersten Teil des Vertrauensvotums zu, worin die Regierungserklärung gebilligt werde, lehnte es aber ab, der Regierung besonderes Vertrauen auszusprechen, weil die Bayerische Volkspartei erst die Taten der Regierung abwarten wolle.

Dann richtete der Kommunist Frölich heftige Angriffe gegen das neue Kabinetts, welches er eine Regierung der Kapitulation nannte, die nur die alte Bankrottspolitik fortführen würde.

Ebenso wie die Kommunisten wandte sich auch der deutsch-völkische Abg. Wulle scharf gegen die neue Regierung. Er erklärte, kein völkischer Mann könne Vertrauen zu einer Regierung haben, deren Finanzminister ein österreichischer Jude sei.

Auch der unabhängige Sozialdemokrat Ledebour sprach dem Kabinetts sein Mißtrauen aus.

Dann hielt der Abg. Freischied als Vertreter des linken Flügels der Vereinigten Sozialdemokratie eine Rede, in der er den Gedanken der großen Koalition verteidigte und die kommunistischen Angriffe zurückwies. Er behauptete den Miß, den die Kommunisten in der Arbeiterbewegung gemacht hätten, und stellte fest, daß zwar für jeden Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung wünschenswert sei, daß aber die Sozialdemokratie davon überzeugt wäre, daß man gegenwärtig eine solche Regierung unmöglich bilden könne, und daß infolgedessen die Vereinigung mit den bürgerlichen Mittelparteien der einzig richtige Weg wäre, um möglichst viel Einfluß seitens der Sozialdemokratie auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen.

Vertische und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Lehrungsdemonstrationen.)

Wie in vielen anderen Orten Sachsens fand am Dienstag nachmittag in der 7. Stunde auch hier eine Lehrungsdemonstration statt. Vor dem „Herrnhaus“ versammelten sich mehrere Personen und zogen dann nach der Meißner Seite, um hier unter Beisein des



Gemeindevorstandes von Pulsnitz M. S. und einigen Mitgliedern des Kontrollausschusses bei den Landwirten nach Lebensmitteln und Schlachtvieh Umschau zu halten. Ueber das Vorgefundene wurden Aufzeichnungen gemacht und der Amtshauptmannschaft mitgeteilt. Es vollzog sich alles in größter Ordnung und Ruhe — Auch in Großdörsdorf und Brettnig fanden Kontrollen statt, die alle ruhig und sachgemäß verlaufen sind.

Pulsnitz. (Polizeibericht) Gestohlen wurde in der Nacht zum 16. August in hiesiger Stadt 3 weiß und schwarzgefärbte, 1 schwarzes und 1 graues Kaninchen im Werte von zirka 4 Millionen Mark. Personen, welche hierzu sachdienliche Angaben machen können, wollen dies dem nächsten Gendarmerieposten oder Polizeiwache melden.

Pulsnitz. (Ab 20. August Steigerung der Personentarife um 900 Prozent) Aus Berlin wird gemeldet, daß die Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarife vom 20. August ab um 900 Prozent, die Güter- und Tierarife um 2000 Prozent erhöht werden. Die Indexziffer soll im Personenverkehr ab 1. September eingeführt werden, für den Güterverkehr bereits am 20. d. Mts. Für den Güterverkehr ist als Schlüsselzahl des Index 1,2 Millionen berechnet.

Pulsnitz. (Wander-Eisenbahn.) Zur Entlastung der Schalter am 19. August werden alle Fahrkarten am 17. und 18. August mit dem Stempel vom 19. August verkauft.

(Die Bezugspreise der Dresdener Zeitungen) für die zweite Augusthälfte sind: Dresdner Anzeiger 600 000 M., Dresdner Nachrichten 550 000 M., Dresdner Neueste Nachrichten und Dresdner Volkszeitung 500 000 M.

(Zahlungsmitteleknappheit.) Man hört jetzt sehr oft, die Banken seien an dem Mangel an Zahlungsmitteln schuld. Wer diese Ansicht teilt, verkennt völlig den Hergang der Versorgung einer Bank mit Zahlungsmitteln. Soweit die Banken nicht von ihren Kunden Zahlungsmittel eingezahlt erhalten, sind sie auf die Zuteilung von Zahlungsmitteln durch die Reichsbank angewiesen. Es ist erklärlich, daß in der jetzigen Zeit der Zufluß an Zahlungsmitteln aus der Kundschaft äußerst gering ist. Die Banken sind also ausschließlich auf die Reichsbank angewiesen. Die Zuteilung von Zahlungsmitteln durch die Reichsbank verläuft aber völlig und deckt nur einen geringen Bruchteil der Ansprüche, die heute täglich für Lohngehälter an die Banken gestellt werden. Um nun ihrerseits an der Bekämpfung der Zahlungsmitteleknappheit mitzuarbeiten, haben die Banken Schecks auf einander gezogen und sie den Betrieben zu Lohnzahlungszwecken zur Verfügung gestellt. Natürlich kann diese Maßnahme allein die Zahlungsmitteleknappheit nicht bewältigen. Jeder Scheck braucht zwei Unterschriften, und es ist einleuchtend, daß die Ausschreibung von Schecks ihre natürliche Grenze darin findet, daß die notwendigen Unterschriften nicht geleistet werden können, zumal die Bankangestellten schon an sich bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sind. Es ist zu hoffen, daß die Gemeinden sich dem Kampfe gegen die Zahlungsmitteleknappheit anschließen werden und in der allernächsten Zeit Notgeld in ausreichenden Mengen ausgeben, wie dies die großen Städte bereits getan haben. — Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Banken sich verpflichtet haben, die Schecks auch noch über die zehntägige Einlösungsfrist hinaus einzulösen. Es bestehen also keine Bedenken, die Bankschecks im Geldverkehr anzunehmen. Wer die Annahme verweigert, verstärkt die Zahlungsmitteleknappheit und verurteilt sich damit an der Allgemeinheit.

(Maßnahmen der heimischen Landwirtschaft zur Lebensmittelversorgung.) Montag, den 13. August, hat in Bautzen eine Sitzung der landwirtschaftlichen Vertreter aus der Kreishauptmannschaft Bautzen zwecks Besprechung der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage unter Vorsitz des Herrn Deconomierat Richter, Bautitz, stattgefunden. Hierbei wurde seitens der Landwirtschaftlichen Bezirksverbände Bautzen, Rößau und Zittau beschlossen, innerhalb der drei genannten Amtshauptmannschaften bezirke den Verwaltungsbehörden sofort insgesamt 2400 Zentner Roggen, davon 1200 Zentner unentgeltlich, und innerhalb der nächsten Zeit weitere 1200 Zentner, diese zum Marktpreise, zur Behebung des gegenwärtigen Notstandes zur Verfügung zu stellen. Ferner wird die Landwirtschaft beschleunigte Maßnahmen zur Versorgung der eigenen Bezirke mit Schlachtvieh und zu möglichst frühzeitiger Belieferung mit Frühkartoffeln treffen. Ebenso wird man dem auswärtigen Aufkäuferunwesen entgegenzutreten, sobald künftig Butter, Eier usw. wieder in größerer Menge der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung stehen werden. Von vorstehenden Beschlüssen wurde den zuständigen Verwaltungsbehörden Kenntnis gegeben. Als Voraussetzung wurde betont, daß seitens der Behörden und beteiligten Verbraucherkreise alle Anstrengungen gemacht würden, die seit einigen Tagen vielerorts bestehenden Willkürzustände gewalttätiger Enteignung usw. zu beseitigen.

Elstra. (Fleischvergiftung) Infolge Genusses von minderwertigem Fleisch (Gewiegetes) liegen hier annähernd 100 Personen krank darnieder. Dieselben mußten sich sofort in ärztliche Behandlung begeben, wobei Vergiftung durch Fleisch festgestellt wurde. Weitere Untersuchungen sind im Gange.

Bischofswerda. (Lebensmittelrazzien) nahmen in den letzten Tagen die Glashütten- und Steinbrucharbeiter der hiesigen Gegend vor. Je früher Mann gingen in ein Gehöft, um von den Landwirten Lebensmittel zu erlangen. Dabei kam es zu erregten Szenen, die in mehreren Fällen in Tätlichkeiten ausarteten. Die Güter wurden vom Keller bis zum Heuboden durchsucht. Die dabei vorgefundenen Mengen an Lebensmitteln, wie Speck, Schinken, Eiern, Getreide usw. wurden beschlagnahmt. Auch das überflüssige und schlachtreife Vieh in den Ställen, wurde

teils mit fortgenommen, teils aufgeschrieben, um bei Bedarf abgeholt zu werden. Einzelne Landwirte spendeten Vieh und Lebensmittel. Diejenigen Landwirte, die Widerstand leisteten, mußten die Pferde einspannen und die beschlagnahmten Lebensmittel im Dorfe zusammenholen und nach der Stadt bringen. Hier trafen die Wagen und Lastautos den ganzen Tag über bis zum späten Abend unter dem Beifall der Stadtbevölkerung ein und wurden auf dem Rathaus abgeliefert, wo man bald mit den riesigen Mengen nicht aus noch ein wußte. Der Verkauf und die Verteilung an die Bevölkerung ist eingeleitet worden. Auch die privaten Gegenstände der Landwirte, die Fahrräder, Nähmaschinen, Wäsche, Stoffe usw., wurden beschlagnahmt und aufgeschrieben. Die Requisition soll fortgesetzt werden, bis jedes Dorf und jedes Gehöft reslos untersucht worden ist. Gleichzeitig wird Jagd nach den Aufkäufern aus den Großstädten unternommen. Bei den Demonstrationstreffen über die Dörfer wurden viele Händler aus Dresden, Leipzig und Berlin getroffen, die schon seit Jahren regelmäßig die Dörfer ablaufen und alle nur erhältlichen Lebensmittel aufkaufen. Ihnen wurden die Waren abgenommen. Außerdem wurden sie von der erregten Volksmasse verprügelt, weil man ihnen nachsagt, daß sie die Preise in die Höhe treiben, indem sie den Landwirten jede Summe bieten. Manche wurden auf Wagen geladen oder mußten im Zuge mitmarschieren. Ein Händler hatte neben anderen Lebensmitteln allein 60 Stück Butter bei sich.

Bischofswerda. (Fünf Milliarden für die Beschaffung von Fett und Frühkartoffeln.) Unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Kühne fand am 13. August eine Besprechung mit den Industriellen unserer Stadt statt über die Beschaffung von Fett, Margarine und Frühkartoffeln für die hiesigen Industriearbeiter. Nach längerer Beratung wurde eine Einigung erzielt dahingehend, daß die Stadt gegen die Garantieleistung der hiesigen Industrie einen Kredit von 5 Milliarden zur Verfügung stellt, mit Hilfe dessen der sofortige Einkauf der dringend benötigten Lebensmittel erfolgen soll. Es steht zu hoffen, daß auf diesem Wege binnen Kurzem Nahrungsmittel herangeschafft werden können.

tsd. Dresden, 14 August. (Eine demokratische Landtagsanfrage.) An die Regierung wurde folgende Anfrage Dr. Raffner (Dem.) gerichtet: Bei der am 11. August 1923 von Regierung und Stadt im Opernhaus veranstalteten Feier hat Heinrich Mann die Festrede gehalten. Seine Ausführungen widersprachen nach Form und Inhalt dem Charakter dieser Feier als gemeinsame Feier aller verfassungstreuen Kreise gedachten Veranstaltung. Wie fragen deshalb die Regierung: Hat ihr der Wortlaut der Rede vorgelegen, oder war er mit ihr verabredet? Billigt sie Form und Inhalt der Ausführungen des Redners in ihrem gesamten Umfange, oder imwieweit tut sie das nicht?

tsd. Dresden. (Eine demokratische Anfrage gegen die Terrorakte bei Tarifverhandlungen.) Der demokratische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Raffner hat eine Anfrage im Landtage eingebracht, die sich gegen die letzten bekannt gewordenen Terrorakte bei Tarifverhandlungen richtet: In letzter Zeit haben sich in Sachsen immer mehr die Fälle gehäuft, daß Tarifverhandlungen zwischen Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unter dem Drucke einer vor den Verhandlungslokalitäten demonstrierenden Arbeitermenge standen und sogar unter Bedrohungen mit Gewalt und unter Täuschlichkeiten gegen Arbeitgebervertreter diese zu Abschlüssen von Tarifverträgen gezwungen worden sind, die mit der Wirtschaftslage nicht im Einklange standen. Namentlich in der vergangenen Woche haben die Tarifverhandlungen im Erzgebirge, z. B. in Aue, Schneeberg und Annaberg unter unbeschreiblichen Terrorakten kommunistischer Zusammenrottungen gestanden, und unter dem Sowjetbanner sind auf öffentlichen Plätzen von kommunistischen Agitatoren u. a. unter wüsten Beschimpfungen auf die Gewerkschaftsführer, die z. T. persönlich in unsittigster Weise von unreifen Burichen bedroht worden sind, die Erfolge solcher praktischen Tarifpolitik gefeiert worden. Wie lange noch will die sächsische Regierung diesem ihr bekannten schamlosen Treiben verantwortungslos ergebe und der hinter diesen stehenden rabaulstigen Menge zusehen? Wenn sich die sächsische Regierung nicht selbst weiter dem Verdachte aussetzen will, daß sie diese von kommunistischer Seite befehlte Art von „Tarifverhandlungen“ offenbar begünstigt, dann dürfte es höchste Zeit sein, daß die sächsische Regierung die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen unter Ausschluß jeder Amnestie ergreift, die solchen anarchischen Zuständen ein Ende bereiten. Was gebietet die Regierung zu tun, um die unbedingte Freiheit der Tarifverhandlungen und den Schutz ihrer Teilnehmer zu gewährleisten?

tsd. Dresden. (Kommunistischer Terror in Freiberg.) Auf das von kommunistischer Seite verbreitete völlig unbegründete Gerücht, daß eine große Anzahl Halbkreuzler in Automobilen in Freiberg, der „Mörderzentrale“, eingetroffen sei, durchzogen die kommunistischen Hundertschaften mit dem Kommunisten Mende an der Spitze Freiberg und hielten jeden Kraftwagen an, um die Legitimation der Insassen zu prüfen. Auf das Eingreifen eines Schutzmannes hin erklärte Mende: „Ich bin Führer der kommunistischen Hundertschaften, mir hat niemand was zu sagen!“ Eine Versammlung von Industriellen, die zur Regelung von Lohnfragen zusammengekommen war, wurde gesprengt und die Teilnehmer gezwungen, Freiberg zu verlassen. Der Abzug der Industriellen, die aus Chemnitz waren, vollzog sich unter wüsten Schmähungen der Kommunisten. Ein Kommunist aus Chemnitz, der zugegen war, erklärte: „Wenn unsere Fabrikanten nicht bewilligen, was wir verlangen, werden sie gefängelt!“ Die Hundertschaften zogen dann nach der Wohnung des Fabrikbesizers Rückenmeister, bei dem angeblich eine Halbkreuzler-versammlung tagt, mußten aber unverrichteter Sache abziehen, da dort alles im tiefsten Schlafe lag.

Dresden. (Zusammenbruch des „Generalstreiks.“) Die Kommunisten hatten verflucht in den kritischen Augenblicken der letzten Tage den Generalstreik auszurufen. Das Ziel dieses Vorgehens war kein anderes, als das deutsche Volk in das gänzliche Chaos hinabzuführen, um dann in dem allgemeinen Durcheinander die politische Macht zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ an sich zu reißen. Man kann sagen, daß den Kommunisten ihr Versuch der Inszenierung eines Generalstreiks gänzlich daneben gelungen ist. Selbst in Halle, das als kommunistische Hochburg bislang angesehen wurde, ist die Arbeiterschaft zum großen Teil nicht der kommunistischen Generalstreikparole gefolgt. In Halle wurde der Ausschub zur Ausrufung der Räterepublik verbatet. Auch in den Leunawerken lehnte die übermächtige Mehrheit die Streikparole der Kommunisten ab. Gewiß haben an einzelnen Stellen die Kommunisten es fertig gebracht diese oder jene Belegschaft in den Streik zu hegen. Aber, daß die Kommunisten ihr Spiel verloren haben, ergibt sich schon daraus, daß die kommunistischen Betriebsräte beschlossen haben, den Streik abzubreaken. Durch den Ausbruch des Streiks soll dann der Öffentlichkeit verschleiert werden, daß in Wirklichkeit nur eine geringe Minderheit der kommunistischen Streikparole gefolgt ist.

Reichshilfe für Sachsen?

Der neue Reichskanzler verspricht die Erörterung von Maßnahmen gegen die anarchischen Zustände in Sachsen.

Dresden, 15 August. Wie der Sächsische Zeitungsdienst erfährt, sind gestern Vertreter der Sächsischen Wirtschaft in Berlin beim Reichskanzler vorstellig geworden, um ein Einschreiten der Reichsbehörden gegen die anarchischen Zustände in Sachsen zu veranlassen. Der Reichskanzler empfing die Abordnung, die aus dem Landtagsabgeordneten Dr. Schnelzer, Direktor Heller vom Sächsischen Landbund, Bürgermeister Dr. Fritsch von der Landesstelle der Arbeitgeberverbände und drei Vertretern der sächsischen Industrie bestand, sofort nach seiner Rede im Reichstage. Der Reichskanzler erkannte die Notwendigkeit unverzüglicher Gegenmaßnahmen an und sagte zu noch am heutigen Mittwoch eine Kabinettsitzung zur Erörterung der Verhältnisse in Sachsen einzuberufen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. August. (Die Preisüberwachung auf den Viehmärkten.) Die Unförmigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und die damit verbundenen schnellen Wenderungen der Marktlage sind auf den Schlachtviehmärkten vielfach zur Erzielung übermäßiger Gewinne ausgenutzt worden. Da die örtlichen Maßnahmen keinen anhaltenden Erfolg gehabt haben, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch die am 15. August d. J. in Kraft tretenden Ausführungsbestimmungen zur Überwachung der Schlachtviehmärkte vom 11. August 1923 angeordnet, daß auf allen Schlachtviehmärkten Überwachungskommissionen zu bilden sind, die sich unter dem Vorsitz eines Beamten aus den Vertretern der an Schlachtviehmärkten beteiligten Interessenten und der Verbraucherschaft zusammensetzen sollen.

Berlin, 14. August. (Das Vertrauensvotum für die Regierung Stresemann.) Der Reichstag stimmte heute nach längerer Debatte namentlich über den Vertrauensantrag der neuen Koalition ab. Abgegeben wurden 341 Stimmentzettel, davon lauteten 240 auf ja, 76 auf nein. 25 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Als Präsidium übte das Ergebnis veröffentlicht, antwortete das Haus mit lautem Beifall. Daraufhin trat das Haus sofort in die Beratung der zweiten Lesung des Goldanleihegesetzes ein, das nach unwesentlicher Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen wurde.

Berlin, 15. August. (Dr. Stresemann und die Presse.) Nach der heutigen Plenarsitzung des Reichstages empfing der Reichskanzler Dr. Stresemann die Vertreter der Presse. Er bat um die Unterstützung der Presse im Interesse des deutschen Volkes ohne Rücksicht auf die Parteistellung des einzelnen Organs, da gegenüber dem Auslande die Einheit der deutschen Parteien heute notwendiger wäre, denn jemals. Der Kanzler stellte weiter in Aussicht, daß er in wichtigen Fällen selbst die Presse informieren wird. Später empfing Dr. Stresemann in gleicher Weise die Vertreter der ausländischen Presse.

Berlin, 15. August. (Eine Besprechung Baldwin beim König — vor einer französischen Antwort auf die englische Note.) Ministerpräsident Baldwin ist heute ganz unerwartet schnell nach London zurückgekehrt, da er vom König zu einer Audienz geboten wurde und Baldwin blieb ungefähr 2 Stunden beim König, der mitten in Reisevorbereitungen nach Schottland stand. Der König wollte sofort über die internationale Lage unterrichten sein. Es scheint auch den Tatsachen zu entsprechen, daß die Verwickelung der Situation so schwierig geworden ist, daß sie einen derartigen improvisierten Besuch bringend notwendig macht. Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung noch vor Ende dieser Woche auf die letzte englische Note antworten wird und es heißt, daß die Sprache dieser Antwort veröhnlicher sein wird, als die der vorangegangenen. Man erwartet zwar nicht, daß die französische Regierung sich in allen Punkten der Auffassung der englischen Regierung anschließen wird, aber sie wird versuchen, die Freundschaft mit England um jeden Preis zu erhalten.

Zeit feststeht, angemessene Abschlagszahlungen, auf die laufende Bestimmung zu leisten. Der Antragsteller weist darauf hin, daß infolge der Geldentwertung es vielen Handwerkern, Kleinhändlern und mittleren Unternehmern unmöglich geworden ist, die erforderlichen Mittel rechtzeitig bereitzustellen. Der Antrag wird angenommen.

Abg. Herz (S.) legt eine Entschließung der Regierungsparteien vor, welche die Regierung ersucht alsbald Gesehtenwörter vorzulegen, welche durch Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft und durch den Übergang zu einer wertbeständigen Währung eine Erneuerung der Reichsfinanzen und eine Stärkung des Reichskredits in die Wege zu leiten.

Abg. Helfferich (Dn.) beantragt, hinter die Worte „wertbeständige Währung“ zu setzen „Unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Berufsstände und auf Grundlage der Vermögenswerte der Wirtschaft“. — Reichsminister Hilferding erklärt, daß die Reichsregierung die vorgelegten Vorschläge genau prüfen und auch die anderen Berufsstände heranziehen werde.

Abg. Helfferich (Dn.) erklärt, daß es mit Verhandlungen der Berufsstände nicht genüge, sondern es müßten auch Taten folgen. — Die Entschließung wird angenommen. Abg. Dr. Herzfeld (S.) begründet einen Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August.

Durch diese Verordnung wird der Arbeiterfrage eine der wichtigsten Waffen, die Presse weggenommen. — Abg. Müller-Fr. (S.) beantragt Beratung im Rechtsausschuß. — Abg. Thomas (K.) widerspricht. Im Ausschuß wird der Antrag bald begraben sein. — Innenminister Sollmann erklärt, daß sich die Verordnung nicht nur gegen die Arbeiterpresse richte oder gegen das freie Wort.

Selbstverständlich habe das Volk das Recht seine Willensäußerung in kräftiger Sprache von sich zu geben. (Zurufe der Kommunisten: Trotzdem wird die „rote Fahne“ beschlagnahmt!) Der Minister gibt einige Zitate aus der kommunistischen Presse. Noch unvernünftiger sei die Tonart der äußersten Rechtspresse. Eine bedrohliche Erscheinung sei es, wenn in einzelnen Landesteilen städtische Massen auf das Land ziehen, um dort aus eigener Machtvollkommenheit heraus sich Teile der Ernte anzueignen. (Hört! Hört! rechts.) — Lärm bei den Kommunisten. Dadurch würde ungeheurer Schaden angerichtet. Das Kabinett werde alles tun, um die Ernährung sicher zu stellen.

Wenn die Kommunisten nicht alles zur Vernichtung der Massen einsetzten, müßte die Staatsgewalt noch schärfer eingreifen. Der Minister fordert den Landbund auf, nicht durch wucherische Preisgestaltung die Massen zu Ausschreitungen zu reizen. Abg. Thomas (K.) behauptet, die bayerische Regierung habe einen der Verordnung des Reichspräsidenten ähnlichen Beschluß herausgegeben und auf Grund dieser Verordnung die sozialdemokratische „Münchener Post“ verboten. Das Erscheinen sei inzwischen wieder erzwungen worden. Damit schließt die Aussprache. Der kommunistische Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag Obermeyer (S.) wonach die Wohngebäudeabgabe vom 1. Juli 1923 bis zum 1. Dezember 1924 15 000 Prozent des Nutzungswertes betragen soll. Dazu kommt der gleiche Zuschlag der Gemeinden. — Ein Antrag aller Parteien, der Vorlage der Studierenden mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wird angenommen.

Das Haus geht wiederum in die Ferien. Der Präsident wird ermächtigt, den Reichstag zusammenzurufen, wenn es die Zeit erfordere. — Schluß gegen 6 Uhr.

Der Brief 20 000 Mark.

Der Postgebührenauschuß des Reichstages stimmte am Montag der Erhöhung der vom Reichsrat beschlossenen Sätze zu. Die neuen Gebühren stellen sich wie folgt: Postarten im Ortsverkehr 4000 M, im Fernverkehr 8000 M, Briefe im Ortsverkehr 8000 bis 25 000 M je nach Gewicht, im Fernverkehr 20 000 bis 35 000 M, Druckfachen 4000 bis 30 000 M, Geschäftspapiere 20 000 bis 30 000 M, Pakete 45 000 bis 120 000 Mark je nach der Zone, Zeitungspakete bis 5 Kilogramm 30 000 M, Postanweisungen bis 100 000 M 8000 M, bis 1 Million 12 000 M, usw. bis 50 Millionen M 60 000 M, Postschleppgebühren bis 100 000 M 2000 M, bis 1 Million M 3000 M, bis 50 Millionen 16 000 M und darüber 20 000 M. Telegramme im Fernverkehr Grundgebühr 32 000 M, Wortgebühr 16 000 M, im Ortsverkehr Grundgebühr 16 000 M, Wortgebühr 8000 M, Pressetelegramme wie Telegramme im Ortsverkehr. Fernsprechnetze: Grundgebühren, Ortsgesprächgebühr und Ferngesprächgebühr 999 900 v. S. gegen 49 800 v. S., Zeitungen (diese Erhöhungen erst ab 1. Oktober) bei einem durchschnittlichen Nummengewicht von 25 Gramm monatlich 80 M, bis 50 Gramm 140 M, bis 100 Gramm 240 M, bis 250 Gramm 400 M usw. bis 2 Kilogramm 1440 M. Die Gebühren sollen im allgemeinen noch im August in Kraft treten.

Kirchen-Nachrichten.

Pulsnitz.
Sonntag, den 19. August, 12. n. Trinit.: 9 Uhr Predigtgottesdienst (Apostelgesch. 12, 5). Pfarrer Semm. 2 Uhr Laufen. 1/7 Uhr Abendandacht im Pfarrhausgarten (bei schönem Wetter). Jünglingsverein: Sonntag 8 Uhr, Dienstag 8 Uhr Bibelfunde, Donnerstag 8 Uhr Altmitlieder. — **Mons- tag, d. 20. August, 8 Uhr** Jungfrauenverein Pulsnitz. — **Diens- tag, d. 21. August, 1/5 Uhr** Großmütterverein bei Schumann. 8 Uhr Bibelfunde im Konfirmandenzimmer. — **Mittwoch, d. 22. August, 6 Uhr** Singstunde des Kindergottesdienstes. — **Donnerstag, d. 23. August, 8 Uhr** Bibelfunde in Friedersdorf.

Dhorm.
Mittwoch, 8 Uhr Jungmännerverein. — **Donnerstag, 1/2 9 Uhr** Singstunde des Jungfr. Vereins. 1/2 9 Uhr Bibelfunde in der Schule.

Der Schutengel der Kinder bewahrt sie vor den Gefahren, welche ihr Leben bedrohen. Auch Nestle's Kindermehl ist ein Schutz, denn es führt die Kleinen sicher durch alle Klippen des Säuglingsalters. Ein Heft über Säuglingspflege kostenlos und unverbindlich durch „Linda“ Gesellschaft m. b. S., Abt. 8, Berlin W 57.

Kurse der Dresdner Börse vom 15. Aug. 1923

5% Deutsche Reichsanleihe	1800,-
Sparprämienanleihe	24000,-
3 1/2 % Preuß. Konjols	26000,-
3% Sächsische Rente	21000,-
3 1/2 % Sächsische Staatsanleihe von 52/68	1000,-
3% „ „ „ 1919	1000,-
3 1/2 % Dresdner Stadtanleihe „ 1905	—
4% „ „ „ 1913/18	700,-
4% Landwirtschaftliche Pfandbriefe	—
4% Kreditbriefe	—
4% Baukörper Kreditbriefe	—
4% Leipziger Hypothekendarf Pfandbriefe	—
4% Sächsische Bodencredit-Pfandbriefe	7000,-
Commerz- und Privat-Bank-Aktien	1500000,-
Sächsische Bank-Aktien	1800000,-
Speicherer Riesa-Aktien	825000,-
D. r. Elbeschiffahrts-Aktien	2600000,-
Sachsen-Papierfabrik-Aktien	600000,-
Ber. Bauern Papierfabrik-Aktien	680000,-
Chemnitzer Zimmermann-Werke-Aktien	600000,-
Sächsische Gußstahlfabrik Döhlen-Aktien	10000000,-
Sächsische Maschinenfabrik Hartmann-Aktien	2150000,-
Schubert & Salzer Aktien	3500000,-
Sachsenwert-Aktien	1200000,-
Seibel & Naumann-Aktien	700000,-
Meißner Ofenfabrik G. Teichert-Aktien	2600000,-
Glasfabrik Brodowiz-Aktien	1690000,-
Ber. Glashütte, Radeberg-Aktien	1500000,-
Max Kohl-Aktien	800000,-
Deutsche Kunstleder-Aktien	575000,-
A. G. für Cartonagen-Industrie-Aktien	999000,-
Wanderer-Werke-Aktien	6500000,-
Somag-Aktien	890000,-
Dollarnoten kosteten in Berlin am 15. Aug., amtli.	2706750,-

Gasthof Pulsnitz M. S.

Sonntag:
Feiner öffentlicher Ball!
„Stadt Dresden“, Kamenz.
Sonntag, 19. u. Donnerstag, 23. August
zum Forstfest Ball!
(Sonntag noch billige Bahnfahrt.)

Radf.-Kl. „Phönix“, Pulsnitz

Sonntag, 19. August Sommer-Fest.
8 Uhr vorm. Start zum Straßen-Rennen „Säch. Hof“, mittags Eintreffen der Rennfahrer am Ziel, Kamenz Straße, nachm. Beginn des Balles, sportliche Vorführungen, Preisverteilung im Hotel zum Schützenhaus.
Alle Mitglieder sowie Freunde des Radsportes sind herzlich eingeladen. Der Vorstand: R. Zimmermann, Vors.

Gäms. Militär-Verein Pulsnitz.

Freitag, den 17./8., 1/2 9 Uhr abends im Bürgergarten Vorstandssitzung und **Sonabend, den 18./8., 1/2 9 Uhr** abends im Schützenhaus **aussereordentl. Hauptversammlung.**
Tagesordnung: Vorstandswahl, Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, des Krankengeldes und der Begräbnisbeihilfe pp. S. W.

Jugendverein I, Pulsnitz.

Sonabend, den 18. August 1923
Tanz-Kränzchen im Waldschlösschen.
Anfang 1/2 9 Uhr abends.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Gewerbegeesellen-Verein Ohorn

hält nächsten Sonntag, den 19. August, in der „Silberweide“ sein
1. Sommer-Fest
ab. Beginn nachmittags 2 Uhr. Dasselbst extrafeines Garten-Konzert, Vogelschießen, Scheibenschießen mit Preisverteilung, Verlosungen durch Glücksspiele u. andere Belustigungen Abends 7 Uhr Festzug nach Gasthof Weiß. Dasselbst Festball.
Alle Freunde und Gönner des Vereins sind dazu herzlich willkommen. Der Gesamtvorstand.

Infolge nochmaliger Bierpreiserhöhung sämtlicher Brauereien Deutschlands, sowie der enormen Steigerung aller anderen Unkosten sind wir gezwungen, ab heute die Mindestausgabepreise wie folgt festzusetzen:

Einfaß	Glas 50 000, Schnitt 35 000
Böhmisch (n. Bilsner Art)	70 000, 50 000
Dunkles (n. Münch. Art)	85 000, 60 000

Dochachtungsvoll
Gastwirts-Verein Pulsnitz und Umgegend.

Staschenbier

liefern ich den Herren Wirten von jetzt ab ebenfalls.
Bestellungen 3 Tage vor Bedarf.
Aug. Nitsche.

Pfarrer
Ehrenfried Kaufe
Edith Kaufe geb. Schmidt
Vermählte
Dresden-Briesnitz
14. August 1923.

Schreibmaschinen-Reparaturen.

aller Systeme werden fachgemäß erledigt.
A. Braunerseutner,
Großbröhersdorf,
Adolfstr. 270 k 2 Fernspr. 98.

Säcke und Packleinwand

gebrauchte, auch zerfallene, kleine und große Posten kauft
Sackeinkaufst. Dresden-A., Tel. 27960 Ziegelstr. 63.
Bergleite die Bahnfahrt.

Spül-Apparate

Spülkannen, Clysos, Schläuche, Vorfalldüsen, Unterlagen, Leibbinden, Monatsgürtel, Frauentropfen. (Damenbedienung durch meine Frau).
W. Heusinger, Dresden,
1. Geschäft: Am See 37, nächst Hauptbahnhof.
2. Geschäft: Jüdenhof 3, nächst Altmarkt u. Neumarkt.

Heu zu kaufen gesucht. Herrnhäuser.

Billardbälle

auch beschäd., kauft Höwing, Halle a/S., Prinzenstr. 12.

Dampfkessel-Schweißungen

mittels elektrischen Lichtbogen-Schweißapparates, sowie aller vorkommenden Reparatur-Schweißungen, auch nach dem autogenen Schweißverfahren, führt bestens aus
F. Mattick,
Maschinenfabrik und Eisengiesserei,
Pulsnitz i. Sa.
Technisches Büro in Dresden.
Zweigbüros in Berlin, Düsseldorf und Hamburg.

Bekanntmachung.

Infolge der katastrophalen Geldknappheit sehen wir uns, lediglich im Interesse der Lohn- und Gehaltsempfänger, gezwungen,
Lohnschecks
auszugeben. Wir ersuchen, diese Schecks im Zahlungsverkehr wie bares Geld umlaufen zu lassen.
Commerz- und Privat-Bank Bankverein Bischofswerda
Aktiengesellschaft Aktiengesellschaft
Zweigstelle Großbröhersdorf. Zweigstelle Großbröhersdorf.

Ehreneklärung.

Die gegen F. F. ausgesprochene Verleumdung nehme ich zurück und warne vor Weiterverbreitung.
E. S., Oberlichtenau.

Briefbogen, Mitteilungen Briefumschläge

fertigen billigst
E. L. Försters Erben.

Stellen-Angebote

Gesucht

für sofort oder 1. Oktober junger, strebsamer
Kaufmann,
der in der Buchhaltung bewandert ist. Es ist Gelegenheit geboten, sich weiterzubilden.
J. G. Hauffe.

Infolge Arbeitsüberlastung wird unser Geschäftszimmer bis auf weiteres wöchentlich
nur am Montag
vormittags von 9—12 u. nachmittags von 2—6 Uhr
für die Brennholz-Versorgung der Gemeinden
Dhorm und Obersteina geöffnet sein.
Brennholz- und Reisigabgaben finden außer dieser Zeit nicht statt.
Forstamt Dhorm.

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß gestern unsere herzensgute Mutter, Schwester und Schwägerin Großmutter und Urgroßmutter
Frau Pauline Baase
geb. Orosmann
nach längerem Leiden im 75. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
In tiefstem Schmerz
Weißbach, Familie Emil Prescher
den 16. August 1923. im Namen der Hinterbliebenen.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend, den 18. ds. nachm., 3 Uhr vom Trauerhause aus.

Fern...
Postf...
Sa...
feln un...
tretern...
des M...
Ergänz...
den B...
Wäster...
fojort...
ler, me...
daß de...
die Sta...
kann b...
wirklich...
des B...
aufständ...
haupt...
meinde...
Berein...
alle un...
mit da...
Bäcker...
Weiß...
Die...
Nach der...
Papi...
Griechen...
para...
Die neu...
neuen...
Reichst...
Kust...
Der pre...
zum...
Berri...
den...
aufge...
Als neu...
herr...
Das Be...
den...
Im Pro...
ben in...
Kerke...
Im Han...
Echan...
berleb...
damp...
Die Ver...
Frankreid...
Papier...
Frank...
Die Wa...
trauen...
Krieg...
Die Str...